

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

18.11.1932 (No. 271)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Wohlfachstraße
Karlsruhe
Nr. 3815

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Meub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengeld: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Rentaltanderegister für Baden, Badischer Rentaltanderegister für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Rücktritt des Reichskabinetts

Beginn der Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern

Der Reichskanzler von Papen hat am Donnerstag dem Reichspräsidenten die Gesamtbemission des Reichskabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen. Damit ist die weitere innerpolitische Entwicklung nun in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Er wird in Besprechungen mit einer Reihe von führenden Politikern verhandeln, sobald wie möglich einen Ausweg aus den außerordentlichen Schwierigkeiten zu finden. Eine Beschleunigung dieser Bemühungen ist nach Auffassung der maßgebenden Kreise schon deshalb notwendig, weil vor allem das Interesse der deutschen Wirtschaft eine möglichst baldige Beendigung des jetzt beginnenden Zwischenstadiums erfordert. Darum begannen die ersten Besprechungen auch bereits am heutigen Freitag, zunächst mit Eugenbergs (D.N.F.), Kaas (Zentr.) und Dingeldey (D. Vp.). Morgen werden Hiltner (N.F.S.) und Schäffer (Bayr. Vp.) empfangen. Die Sozialdemokraten sind nicht eingeladen worden. Als Begründung wird der Ton und der Inhalt der Antwort angegeben, welche sie dem Reichskanzler gegeben haben.

Gegenstand der Besprechungen mit den Parteiführern soll nicht nur die Personenfrage, sondern auch das wirtschaftliche und politische Programm einer künftigen Regierungspolitik sein. Der Reichspräsident will zunächst die Ansichten der Parteiführer hören, so daß Anfang nächster Woche die zweite Etappe der Verhandlungen einsetzen kann, in denen die dem Reichspräsidenten Vorschläge machen sollen. Über den Inhalt der einzelnen Besprechungen soll zunächst nichts bekanntgegeben werden. Nach dem Plan des Reichspräsidenten wird damit gerechnet, daß ein Ergebnis bereits für Mitte nächster Woche zu erwarten ist, d. h. daß die Verhandlungen bis dahin zum Abschluß gekommen sind und der Reichspräsident dann seine Entscheidungen über die Neubildung der Reichsregierung treffen kann.

Von unterrichteter Seite wird ferner betont, daß der Reichspräsident auch weiter an dem Gedanken und dem Prinzip des Präzidentenkabinetts festhält. Weiter steht fest, daß die Außenpolitik durch den Kabinettswechsel nicht berührt wird. Es gilt als sicher, daß Reichspräsident von Neuraht in jeder Konstellation als Außenminister wiederkehren wird. Im übrigen geht aus der Art, wie der Reichspräsident die Verhandlungen zu führen beabsichtigt, hervor, daß es sich keineswegs darum handelt, das Programm der Regierung Papen einfach anzunehmen. Auch das Wirtschaftsprogramm wird durchaus nicht als unabänderlich bezeichnet. Vielmehr sollen ja die Parteiführer selbst über Vorschläge beraten. Die Verhandlungen mit ihnen wird der Reichspräsident persönlich in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Weizner führen. Wenn aber der eine oder der andere Parteiführer den Wunsch äußern sollte, mit dem Reichspräsidenten unter vier Augen zu sprechen, so wird auch dem sicher Rechnung getragen werden. Während der Verhandlungen wird die Regierung von Papen natürlich ihre Arbeiten fortführen.

Die Verhandlungen sollen ein großzügiger und loyaler Versuch zu einer Verständigung mit wichtigen politischen Kräften des deutschen Volkes werden. Jedenfalls haben die Parteien eine große Chance — sie fragen aber auch eine große Verantwortung für das, was die nächste Entwicklung bringen wird.

Die amtliche Mitteilung über den Rücktritt

Amtlich wird mitgeteilt:

„Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat.“

Während die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, welche die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammenfassung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheinen, den Zusammenschluß dieser Kräfte sicherzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Rotgemeinschaft schroff abgelehnt. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Einfluß aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, in bestem vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie ihr Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei — ohne den Grundsatze autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rückfragen auf Personen in dieser so ersten Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, daß Herr Reichspräsident den Weg völlig freizumachen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Herr Reichspräsident nahm die Demission der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.“

Die ersten Parteiführerbesprechungen beim Reichspräsidenten

GW. Berlin, 18. Nov. (Tel.) Wie wir erfahren, haben die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern heute vormittag begonnen, und ist in der zwölften Vormittagsstunde als Erster Geheimrat Eugenbergs empfangen worden. Die anderen Besprechungen, die für heute in Aussicht genommen waren, finden erst heute abend statt. Um 6 Uhr wird Prälat Kaas zum Reichspräsidenten gehen und im Anschluß daran folgt Abgeordneter Dingeldey.

Aber den Inhalt dieser Unterredungen wird, wie es bereits angekündigt wurde, an den amtlichen Stellen strengstes Stillschweigen beobachtet werden. In unterrichteten Kreisen erwartet man aber auch nicht, daß sich heute schon irgendwelche positiven Ergebnisse zeitigen oder auch nur Möglichkeiten, die auf einen Schluß auf den Ausgang der Aktion des Reichspräsidenten erlauben.

Das wichtigste ist zunächst vielmehr die Frage, wie sich Adolf Hitler, der telegraphisch die Einladung des Reichspräsidenten, zu einer persönlichen Besprechung nach Berlin zu kommen, zustimmend angenommen hat, bei seinem morgigen Empfang einstellen wird, ob er nämlich an seiner Forderung, ihm die Führung zu übertragen, festhält, oder ob er bereit ist, sich in den Kreis der Pläne des Reichspräsidenten einzugliedern. Ehe hierüber nicht Klarheit geschaffen ist, hat es nach Auffassung der Berliner politischen Kreise gar keinen Sinn, Vermutungen über den Ausgang der ganzen Verhandlungen anzustellen.

Der „Völkische Beobachter“ zum Rücktritt Papens

GW. München, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Zum Rücktritt des Kabinetts Papen schreibt der „Völk. Beobachter“, eine Regierung, hinter der kein Volk stehe, sei den schweren Aufgaben, die in den Schicksalsstunden des Deutschen Reiches gelöst werden müßten, nicht mehr gewachsen. An dieser Unmöglichkeit sei Herr v. Papen gescheitert. Es sei wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn endlich auch an verantwortlicher Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde. Diese Meinung gehe dahin, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, in der ohne Zwischenlösungen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden müsse. Man müsse Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

RDZ. Berlin, 18. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute vormittag nochmals eine Sitzung ab, um zu der gestern abend entflammten politischen Lage Stellung zu nehmen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Fraktion dazu keinen Anlaß hatte. Dagegen wurde beschlossen, im Reichstag Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juni über Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und der vom 4. und 5. September über die Behebung der Wirtschaft einzubringen. Weiter hat die Fraktion gegen die Verschleppung des von ihr eingebrachten Volksbegehrens auf Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung vom 4. September protestiert. Die Fraktion wird im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Bestimmungen über das Volksbegehren einbringen, durch den die Fristen für Volksbegehren genau geregelt werden sollen.

Der Kreuzer „Karlsruhe“ in New York

GW. New York, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Generalkonful Dr. Rip veranfaltete heute zu Ehren der Offiziere des Kreuzers „Karlsruhe“ ein Essen, zu dem der Bürgermeister von New York sowie die Spitzen der hiesigen Marine- und Militärstellen erschienen waren. Admiral Byrd sandte ein sehr herzlich gehaltenes Begrüßungstelegramm, in dem der Besuch der „Karlsruhe“ als eine hervorragende Tat der Völkerverständigung und als eine Geste der Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika bezeichnet wird. Zum Abschied gab der Kommandant des Kreuzers einen Empfang an Bord. Abends erfolgte die Abfahrt des Kreuzers. Der Kommandant dankte in einer Volkschaft an die Bevölkerung für den herzlichen Empfang.

Wirtschaftliche Umschau

Deutschland und die Weltwirtschaft — Das handelspolitische Verhältnis zu Frankreich — Ertrag für Einfuhrkontingente?

Anfang nächsten Jahres soll die Weltwirtschaftskonferenz zusammentreten. Ihre Aufgabe kann nur die sein, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die besonders und zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise immer mehr gestört worden sind, wieder aufzubauen und den Warenaustausch und eine natürliche Arbeitsteilung zwischen den Völkern wieder zu erleichtern. Es schien eine Zeitlang so, als ob die Schwierigkeiten in allen Ländern nun doch schon Voraussetzungen geschaffen hätten, eine Verständigung von Land zu Land da und dort zu erreichen und allmählich wieder bessere Voraussetzungen für die Gesundung der Weltwirtschaft zu schaffen. Gewiß ist man vereinzelt dazu gelangt, die schlimmsten Übertreibungen bei dem gegenseitigen Abschluß gegeneinander wieder gut zu machen (wie z. B. zwischen Deutschland und der Schweiz), aber das sind nur Einzelerfolge, die ein Gegengewicht in neuen Schwierigkeiten und Abzerrungen an anderen Stellen finden. Und nichts illustriert die Situation besser als die Tatsache, daß die Schweiz, während am gestrigen Tag das neue deutsch-schweizerische Abkommen in Kraft trat, gleichzeitig neue Zollerhöhungen und Einfuhrkontingente verfügte und dies damit begründete, daß die Industrie noch viel weitergehende Forderungen erhoben habe.

Es ist möglich, daß die handelspolitischen Gruppierungstendenzen in größeren, überstaatlichen Wirtschaftsgebieten hier eine Besserung vorbereiten, aber sicher ist das nicht, zumal solche Bemühungen, über den Rahmen der einzelstaatlichen Wirtschaften Zusammenschlüsse herbeizuführen (wie z. B. die Ottawa-Verträge für das Britische Reich, die nun am Mittwoch in Kraft getreten sind) sich naturgemäß gegen andere, außerhalb stehende Staaten wenden, und so neue, möglicherweise noch stärkere Schranken errichten. Zu den Leidtragenden bei einer solchen Entwicklung kann sehr leicht Deutschland gehören. Es sieht sich eben dann, findet es nicht auch Anschluß an eine solche Gruppierung, anstatt den bisherigen Hochschutzzöllen der einzelnen Länder, ähnlichen, womöglich noch höheren Zollmauern gegenüber, welche Gruppen von Ländern zu errichten imstande sind. Daran ergibt sich für Deutschland die Notwendigkeit, Verbindungen und Anschluß zu suchen, und die Unmöglichkeit, den vielfach mißverstandenen dogmatischen Autarkiestandpunkt zu vertreten, der ja außerdem deshalb unhaltbar ist, weil wir auf ausländische Rohstoffe mehr oder weniger angewiesen sind und ohne Stärkung der Exportindustrie immer mehr verarmen müßten. Der deutsche Außenhandel der ersten 9 Monate 1932 zeigt allerdings noch einen Ausfuhrüberschuß im Monat von 847 Millionen Reichsmark, aber im vorigen Jahr 1931 betrug er in der gleichen Zeit fast 2 Milliarden. Ginge diese Entwicklung weiter, dann gäbe es keine Hoffnung für eine wirtschaftliche Erholung. Auch die Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die deutsche Exportindustrie, die 1929 rund 5 Millionen Arbeiter beschäftigte und heute nur noch etwa 3 Millionen, wieder mehr Arbeit bekommt, um Käufer für die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion zu haben.

Es ist deshalb nötig, daß Industrie und Landwirtschaft sich in handelspolitischer Hinsicht verständigen. Besonders auch deshalb, weil wir bekanntlich bisher gerade unsere besten Kunden in den Ländern hatten, mit denen wir durch die geplanten Kontingentierungen nun in handelspolitische Konflikte geraten sind. Eine private Ausstellung weist darauf hin, daß Dänemark, Finnland, Italien, Lettland, Litauen, Holland, Schweden und Ungarn uns im vorigen Jahr für über 2½ Milliarden Ware abgenommen haben, während wir ihnen nur für 1,16 Milliarden abkauften, so daß diese Länder uns das Doppelte von dem abgekauft haben, was wir von ihnen kauften.

Wie an dieser Stelle schon kürzlich ausgeführt wurde, hat Baden als Grenzland bei der ganzen Struktur seiner Wirtschaft besonderes Interesse an den gegenwärtigen, zum Teil bereits in Gang gekommenen, zum Teil schon abgeschlossenen Verhandlungen über neue Wirtschaftsprovisorien mit unseren Nachbarn im Süden und Westen. Nun stehen auch Verhandlungen mit Frankreich in Aus-

nicht, während die Kontingentsfrage mit Holland die bekannten Schwierigkeiten macht und man mit der Schweiz wenigstens zu einem neuen Provisorium gekommen ist.

Leider scheinen sich die Hoffnungen nicht zu erfüllen, daß nun Frankreich, das ja mit der Kontingentierungspolitik seinerzeit den Anfang gemacht hat, damit aufhört, obwohl die gegenwärtige Regierung Herriot ursprünglich den Abbau des Kontingentsystems proklamiert hat. Im Gegenteil, die großen Wirtschaftsverbände steuern aufs neue den Kurs in ein protektionistisches Fahrwasser und fordern neben der Aufrechterhaltung der meisten Kontingente noch Schutzzölle. Deutschlands Handelsbilanz mit Frankreich ist bekanntlich aktiv, aber französischerseits wird nun verlangt, daß sie durch Maßnahmen handelspolitischer Art ausgeglichen werde, evtl. durch Kontrolle der Einfuhr mit Hilfe einer Ausgleichskasse, was annähernd eine Halbierung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich zur Folge haben müßte. Die Frage der Agrarkontingente ist in unserem Verhältnis zu Frankreich nicht so wichtig, zumal ja Frankreich, wie gesagt, selbst mit einer solchen Politik angefangen hat. Aber bezeichnenderweise wird von Frankreich bereits z. B. die Aufhebung jener deutschen Einfuhrverbote verlangt, die sich auf die Verbreitung des Koloradokäfers in Frankreich stützen. Die Anregung zu neuen Verhandlungen ging von Frankreich aus, das zwar auf die Kündigung des Handelsvertrags vorläufig verzichtet hat, aber seine Revision nun fordert. Da sich unter den geschilderten französischen schutzöllnerischen Bestrebungen die Verständigungsmöglichkeiten verschlechtern mußten, kann auch hier im besten Fall wie mit der Schweiz nur ein Provisorium herauskommen, kein grundlegendes Vertragswerk. Folgt die französische Regierung den Interessentenforderungen, dann muß sich das deutsche Interesse an den Verhandlungen noch weiter verringern, zumal auch die Aufrechterhaltung der allgemeinen Meistbegünstigung dadurch in Frage gestellt würde. Am schwersten werden schließlich die französischen Forderungen auf Loderung der deutschen Devisenwirtschaft zu erfüllen sein.

Die deutsch-französischen Industriebesprechungen, die in der vergangenen Woche in Berlin ihren Abschluß fanden, dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden. Man hat zwar nur in der deutsch-französischen Wirtschaftskommission gewisse allgemeine Grundzüge aufgestellt, um eine Norm für eine derartige Zusammenarbeit (mit Unterstützung der beteiligten Regierungen) in dritten Staaten zu finden und ist sogar dazu gekommen, zwei Konjunktien für Bauausführungen zu gründen, von denen das eine auch englische Beteiligung in Aussicht nimmt. Aber diese Konjunktien haben noch keinerlei konkrete Bauaufträge sich verschaffen können und die Finanzierungsfrage ist zwar erleichtert, aber noch lange nicht geklärt. Im wesentlichen ist lediglich die Möglichkeit geschaffen, sich gemeinsam um derartige Bauaufträge in dritten Ländern zu bemühen und eventuell auch noch weitere ähnliche Konjunktien — man denkt hier vor allem an eine Zusammenarbeit der Elektroenergie zur Elektrifizierung von Bahnstrecken im Ausland — in die Wege zu leiten.

Da die Kontingentierungspläne als Ganzes für die verschiedenen Agrarprodukte nur mehr geringe Aussicht auf Verwirklichung haben, ist, wie bekannt, der Plan aufgetaucht, an ihrer Stelle Gleitzölle für wichtige Agrarprodukte (nach dem Beispiel des Zuderzolls) einzuführen, die je nach den Marktpreisen sich automatisch senken oder erhöhen sollen. Dies wäre jedoch lediglich für Holz, Speck, Schmalz, Rindvieh und Eier ab Januar möglich. Für die übrigen Produkte aber, wie z. B. Gemüse und Obst, stehen handelsvertragliche Bindungen vorerst einer solchen Regelung entgegen. Andere Projekte suchen das Heil in einer Kartellierung der Erzeugung der betreffenden Agrarprodukte oder in Handelsmonopolen. So wird unter anderem ein Fetthandelsmonopol vorgeschlagen, das vor allem den Zweck haben soll, die Margarinepreise etwa sich erhöhenden Butterpreisen anzupassen, und so zu

verhindern, daß die Margarine bei steigenden Butterpreisen der Butter gegenüber höhere Absätze erzielt. Der Zweck ist somit eine Erhöhung der Margarinepreise, gegen die natürlich Bedenken volkswirtschaftlicher und sozialer Art vorliegen. Die deutsche Margarineindustrie ist gegenwärtig wohl zu annähernd 70 Proz. in den Händen des internationalen Margarinetrusts und konnte ihren Absatz infolge der niedrigen Rohstoffpreise in der letzten Zeit erheblich steigern. Ein staatliches Margarinehandelsmonopol würde natürlich den Konkurrenzkampf der Fabriken untereinander durch Bezug von festen Quoten von den Fabriken zum Aufhören bringen, würde aber schon wegen der Verderblichkeit der Margarine viel Leerlauf verursachen, ganz abgesehen davon, daß auch in irgendeiner Weise dann zum mindesten für die Erwerbslosen (verbilligte Ware auf Bezugskarten) gesorgt werden müßte.

Teilung der Gewalten in Preußen

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten

EM. Berlin, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 eine Notverordnung erlassen, die die Frage der Teilung der Gewalten zwischen den Reichskommissaren und dem preußischen Staatsministerium regelt. Darüber wird mitgeteilt:

Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen über die praktische Durchführung der im Urteil des Staatsgerichtshofs zum Ausdruck gebrachten Gewaltenteilung in Preußen nicht zum Ziele geführt haben, hat der Reichspräsident zur Behebung der aus dieser Lage entstandenen Schwierigkeiten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 einen Erlass an den Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen erlassen, worin 10 besonders kritische Punkte, nämlich die Fragen der Zeichnungsbefugnis, des Erlasses von Verordnungen, der Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen, der Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits, des Verkehrs mit den Reichsbehörden, des Begnadigungsrechts, der Amtsräume, der Dienstwohnungen, der Teilnahme an den Parlamentssitzungen und der Unterrichtung der alten Regierung über die laufenden Angelegenheiten, geregelt werden.

Dieser Erlass ist auch dem preußischen Ministerpräsidenten Braun gleichzeitig mit einem Schreiben des Reichspräsidenten zugegangen, worin dieser darauf hinweist, daß das Interesse des Reiches und Preußens ein vertragliches Zusammenarbeiten zwischen den Kommissaren des Reiches und den preußischen Staatsministern im Geiste des Leipziger Urteils verlangt.

Große Aussprache im preußischen Landtag

EM. Berlin, 18. Nov. (Tel.) Wie EM. meldet, ist jetzt die Tagesordnung des preußischen Landtags für seine nächste Sitzung am Donnerstag kommender Woche veröffentlicht worden. Nach Erledigung kleiner Vorlagen wird die Aussprache über die vom Ministerpräsidenten Braun dem Parlament zugeleitete Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Verfassungskonflikt Preußen-Reich erfolgen, sowie im Zusammenhang damit die Erörterung der Anträge über die Ungültigkeit von Verordnungen usw. des Reichskommissars, über die Pläne zur Verfassungs- und Reichsreform, über den Rücktritt der Reichskommissare und über die von den Sozialdemokraten verlangten Untersuchungsausschüsse wegen der Vorgeschichte der Einsetzung des Reichskommissars und wegen der Personalpolitik des Reichskommissars.

Dr. Curtius bei Hoover. Der ehemalige deutsche Außenminister Dr. Curtius, der auf einer Vortragsreise in Washington weilte, suchte am Donnerstag Staatssekretär Stimson auf, den er von dessen Berliner Reise kennt. Anschließend wurde Dr. Curtius durch den deutschen Vorkämpfer dem Präsidenten Hoover vorgestellt.

Die Breslauer Universität bleibt wegen der Vorfälle am Donnerstag bis zum 22. November geschlossen.

Das amerikanische Defizit. Ähnlich wird aus Washington verlautbar, daß sich das Defizit im Staatshaushalt für die ersten 4½ Monate des laufenden Steuerjahres, das am 1. Juli begann, auf 709 Millionen Dollar beläuft.

Der Reichsverkehrsminister gab am Donnerstag in Berlin ein Frühstück zu Ehren des Weltfliegers v. Gronau und seiner Flugkameraden. Die Flieger wurden auch vom Reichspräsidenten empfangen.

Der alternde Dichter als bewundernswürdiger Gestalt eines Menschen aufs neue geoffenbart. Die aufs sorgsamste vorbereitete, reich gestufte Aufführung unter der Regie des Intendanten Krüger — Adalbert Gold ein Beispiel geistiger Durchdringung und Einfühlung in der Hauptrolle — wurde zu einem mit begeistertem Beifall aufgenommenen Ereignis, das in der Erinnerung haften bleibt.

Einen ansehnlichen Erfolg hatte auch die Oper mit der Neueinstudierung von Kienzl's „Kuhreigen“. Der Kontrast zwischen einfachem Volkstum und überkultivierter Kolosalmelodie, die von der hereinbrechenden Revolution verdrängt wird, darauf läuft die geschickt instrumentierte Musik hinaus. Daß sie auf das breite Publikum immer noch ungechwächt wirkte, wurde von Kapellmeister Franzen und Spielleiter Schneider in vollem Umfang erreicht.

Von den Gaben der heiteren Muse aber, die man als Neuenheiten vorgeführt bekam, war die eine jener Operettenschmarren, der zur Zeit seinen triumphalen Mundgang über die deutschen Bühnen macht: „Wenn die kleinen Weissen blühen“ von Robert Stolz, eine breitgewalgte Neuaufgabe von „Al-Heidelberg“, das daneben wie reine Klassik anmutet. Das Ding steht und fällt mit der Art der Inszenierung, und die war hier freilich von Oskar Orth mit verschwenderischer Erfindungsgabe bedacht worden. Die Musik läßt ihre paar hübschen Melodien auf den allgemeinen Drei oben auf schwimmen und wurde von Erich Bohner mit Schmitz dirigiert. Die andere, die mit nicht weniger Beifall quittiert wurde, ist ein amerikanischer Schwan von Avery Hopwood: „Der Mustergatte“, mit einem viel versprechenden Anfangsakt in der Tat, dann Abbruch in große Zirkusposse. Gespielt wurde unter der Leitung des Dramaturgen Stammis mit wirbelnder Lebendigkeit, virtuos war Martin Wien in der Titelpartie.

Die neuen Rundfunkbestimmungen

traten am Donnerstag in Kraft. Sie legen die obere Leitung in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Hände der Reichsrundfunkgesellschaft. Ihr Stammkapital beträgt 100 000 Reichsmark, an dem die Deutsche Reichspost mit 51 000 RM, Preußen mit 20 000 RM, Württemberg mit 9000 RM und Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen und Hamburg mit je 4000 RM beteiligt sind. Der Betrieb der Sender obliegt der Rundfunkgesellschaft, deren Stammkapital 50 000 RM beträgt; an ihm sind die Reichsrundfunkgesellschaft mit 51 Prozent und die Länder des Sendebereichs mit 49 Prozent beteiligt.

In den Richtlinien heißt es u. a.: Der deutsche Rundfunk dient dem deutschen Volke, allen Deutschen inner- und außerhalb der Reichsgrenzen. Es ist seine Pflicht, den Reichsgedanken zu pflegen. Die Landesregierungen haben die landesmannschaftlichen Besonderheiten ihres Sendebereichs zu pflegen und das reichsweite Eigenleben der deutschen Stämme und Landschaften zu vermitteln.

Zu der Behandlung der Politik im Rundfunk heißt es zum Schluß: „Der Rundfunk dient keiner Partei. Politische Gegenstände sind sachlich zu behandeln. Werbung für Parteien und Befämpfung von Parteien sind nicht zugelassen. Bestrebungen, die den Bestand des Staates gefährden können, sind vom Rundfunk ausgeschlossen. In außenpolitischen Fragen ist der deutsche Standpunkt würdig zu vertreten. Verleumdungen oder herabsetzende Äußerungen über andere Völker und Staaten haben zu unterbleiben.“

Beratung Hoovers über die Kriegsschuldenfrage

Am 22. November Konferenz mit Roosevelt

EM. Washington, 18. Nov. (Tel.) Präsident Hoover hat je drei hervorragende Mitglieder der Republikanischen und der Demokratischen Partei aus den Finanzausschüssen der beiden Häuser des Parlaments aufgefordert, mit ihm im Weißen Haus die Kriegsschuldenfrage zu besprechen. Gleichzeitig kündigt Hoover seine Konferenz mit Roosevelt am 22. November an. Zu dieser wird Hoover als seinen Berater Mills mitbringen. Roosevelt wird bei seiner Zusammenkunft mit Präsident Hoover von Prof. Raymond Moley von der Columbia-Universität begleitet sein. Moley war einer seiner Ratgeber während des Präsidentenwahlsfeldzugs.

Vertrauensvotum für die französische Regierung

EM. Paris, 18. Nov. (Tel.) Am Schluß der Interpellationsdebatte über die Agrarkrise sprach die Kammer durch Annahme der Tagesordnung der Abstimmungen und der Sozialisten mit 877 gegen 212 Stimmen der Regierung ihr Vertrauen aus.

In der Debatte der Nachprüfung hatte Landwirtschaftsminister Garbey erklärt, die Regierung werde in einigen Tagen den Gesetzentwurf zur Schaffung der in der Vertrauensstagesordnung verlangten Getreidestelle unter der Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums einbringen. Außerdem soll eine Nachrichtenstelle geschaffen werden, um gegen die Spekulation anzukämpfen.

Im Altonaer Sprengstoffprozeß wegen der Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein in der Nacht nach der Wahl am 31. Juli wurden gegen die angeklagten Nationalsozialisten die Strafverfahren gestellt. Unter anderem wurden gegen den Reichstagsabgeordneten und Standardenfürher Paul Mober 8 Jahre Zuchthaus, gegen den Zollwachtmeister Klackner, der Donnerstag vormittag in einer Sitzungspause des Prozesses aus dem Gerichtsgebäude floh und noch nicht gefaßt werden konnte, 6½ Jahre Zuchthaus beantragt. Außerdem sind noch zwei weitere Angeklagte aus dem Gerichtsgebäude entwichen.

In Straßburg begann ein auf 5 Tage berechneter Prozeß gegen 9 Angehörige der Eisernen Front wegen Aufruhrs und Zusammenrottung. Dem Prozeß liegen Vorgänge zugrunde, die sich am 19. Juli im Regajter Wald anlässlich einer Hitlerkundgebung in Straßburg abgespielt haben. Polizeileutnant Braun sagte als Zeuge aus, daß in dem Wald etwa 100 bis 150 Raufahrer aus der ganzen Umgebung zusammengedrungen worden seien. Als er sich mit 30 Beamten dem Walde genähert habe, sei er mit Schüssen empfangen worden. Die Angeklagten behaupten demgegenüber, von der Polizei zuerst beschossen worden zu sein.

In Palermo stürzte ein altes Haus teilweise ein und begrub die Einwohner unter den Trümmern. 5 Personen wurden getötet und 5 verletzt.

Der amerikanische Oligarch Arthur Loew ist mit seinem Flugzeug bei New York abgestürzt. Der Pilot war sofort tot, Loew und sein Rechtsanwalt wurden schwer verletzt. Loew hatte den Flug von Australien nach Südafrika in kürzester Zeit zurückgelegt. Er wollte nach Beendigung der Geschäfte einen Retourflug von Kapstadt nach England antreten.

Sreiburger Theaterbrief

In Freiburg hat man den 70. Geburtstag von Gerhart Hauptmann außer der Aufführungen zweier seiner Werke auch mit einer besonderen Morgenfeier begangen, in deren Mittelpunkt der in seiner rednerischen Form vollendete, von leidenschaftlicher Anteilnahme an seinem Stoff durchglühte Vortrag des Universitätsprofessors Philipp Wittkop stand. Das ganze Lebenswerk des Dichters, zu dem wir nun allgemach kritische Distanz gewinnen können, wurde in klarem Aufbau durchleuchtet, seine Größe und seine Begrenzung gezeigt. Die Bruchstelle liegt in Hauptmanns Ablehnung der christlich-verinnerlichten Schilderung der schlichten Menschen seines schlesischen Heimatbodens, die in ihrer Wortfärgtheit wahrhaft tragische Dichter sind, und im Übergang zur griechischheidnischen Lebensbejahung einer internationalen Bildungswelt, eine Wandlung, die auch in der von da an unpersonlicheren, von der kraftvollen Lebenslichkeit der früheren Schaffensperiode wohl zu unterscheidenden sprachlichen Ausdrucksform nicht selten spürbar wird.

Bei seinem letzten dramatischen Werk allerdings, „Vor Sonnenaufgang“, das man nach den „Webern“ als Erstausführung zu sehen bekam, steht man wieder vor einem musterhaft gefügten Theaterstück, in dem auch Hauptmann ursprüngliche Dichterkraft, zumindest in zwei Akten von den beiden Grundthemen, in denen fast alle seine Dramen verwurzelt sind, die Freiheit der Persönlichkeit nämlich gegenüber der Freiheit des Kollektivs, des Volkes, wieder angeht. Mit diesem im Goethischen Sinne sein höchstes Erdenglied im freien Scharleben suchenden und in tragischer Einsamkeit im Kampf mit seiner Familiensippe untergehenden Beheimrat Clausen, einem zweiten König Lear, hat sich

Die Jahresfeier der Universität Heidelberg findet, verbunden mit der akademischen Preisverteilung, am Dienstag, den 22. Nov., abends in der Aula der Neuen Universität statt. Die Festrede wird Rektor Prof. Dr. Andreas halten, während Prorektor Prof. Dr. Erdmannsdorffer den Jahresbericht erstattet.

Heidelberg an Gerhart Hauptmann. Der Rektor der Universität Heidelberg hat Gerhart Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag die Glückwünsche der Universität durch ein Telegramm ausgesprochen. — Auch die Stadt Heidelberg hat dem Dichter durch den Oberbürgermeister ihre Glückwünsche telegraphisch ansprechen lassen.

Eine Gerhart-Hauptmann-Ausstellung in Berlin wurde am Mittwochmittag in den Räumen der Jurysfreien am Platz der Republik in Anwesenheit von Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie zahlreicher Persönlichkeiten der Kunst und Wissenschaft eröffnet. Der Jubilar nahm an diesem Festakt nicht teil, da die ihm an seinem Geburtstag erwiesenen Ehrungen ihn so stark ergreifen haben, daß er sich unbedingt eine Ruhe- und Entspannungszeit gönnen mußte. Nach einem von Theodor Loos vorgetragenen Prolog des schlesischen Dichters Max Hermann, Reife, gab Provinzialkonservator Dr. Günther Grundmann von den städtischen Museen in Breslau einen Überblick über die Entwicklung dieser Ausstellung. Universitätsprofessor Wiesen, Leiter des Theaterwissenschaftlichen Instituts der Universität Köln, sprach über Hauptmanns Stellung in der deutschen Theatergeschichte. Zuletzt sprach Reichskunsthaupt Dr. Redlob.

Englische Ehrung eines deutschen Gelehrten. Professor Dr. L. Abbele, Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für Textilstoffe in Karlsruhe und Generalsekretär der Reptilienkommission, ist zum lebenslangen Ehrenmitglied der Institution of Technologists in London ernannt worden.

Zu einer Denkschrift des Reichswehrministeriums

Im „Badischen Beobachter“ waren vor einiger Zeit die Auslassungen der „Deutschen Führerbriefe“ zitiert, die sich mit einer Denkschrift des Reichswehrministeriums, angeblich aus dem Jahre 1927, befassen. Hierzu teilt das Reichswehrministerium dem Blatt folgendes mit:

1. Es handelt sich um eine alte Denkschrift des Reichswehrministers Dr. Gehler aus dem Jahre 1923, „Bemerkungen zu der Denkschrift der Bayerischen Regierung zur Revision der Weimarer Reichsverfassung“.

2. In dem Sie besonders interessierenden Satz heißt es nicht, wie die „Führerbriefe“ zitieren, „Eingliederung aller Länder außer Bayern, Württemberg und vielleicht Hessen“, sondern der Satzteil lautet: „Eingliederung aller Länder außer Bayern, Württemberg, Baden und vielleicht Hessen.“

Der „Bad. Beob.“ schreibt dazu: „Wir nehmen von dieser Erklärung gerne Kenntnis. Auf was es uns beim Abdruck der Denkschrift jedoch in erster Linie ankam, war die Tatsache, daß uns noch selten eine amtliche Denkschrift vor Augen kam, die in so unerschütterlicher Weise sich die Sache des Zentralismus zu eigen macht. Auf der anderen Seite ist es inzwischen mehrfach bestätigt worden, daß Herr von Schleicher bereits seit einem Jahrzehnt die treibende Kraft in seinem Ministerium ist, wenn es sich um diesen Fragenkomplex gehandelt hat. Es sei nur auf das neueste Werk hingewiesen: „Im Dreieck um Hindenburg“ von Frhr. v. Reibnitz, wo u. a. dargelegt wird, wie Schleicher als Gehler's rechte Hand schon im Sommer 1923 Pläne bis in die letzten Einzelheiten ausgearbeitet hat. Auch eine Denkschrift aus den Kreisen des Herrenklubs spricht hier ganz offen.“

Heute Reichsrat. Das Reichstagsplenum ist für heute, Freitagmorgen, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Beschlußfassung über die von den Vereinigten Reichsratsausschüssen beantragte Entschädigung, die zu dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen und zur Frage der Reichsreform Stellung nimmt.

Bayern gegen Einheitspreisgeschäfte. Die bayerische Regierung hat ein sofortiges allgemeines Verbot der Errichtung von Einheitspreisgeschäften auch in Städten mit über 100 000 Einwohnern auf längere Zeit bis zur endgültigen Regelung beim Reichswirtschaftsministerium beantragt. Sie ist gleichzeitig mit den anderen süddeutschen Regierungen in dieser Frage in Verbindung getreten.

Badischer Teil

Zu den Angriffen des „Führer“ gegen die Leitung des Bad. Landestheaters

wird von der Pressestelle beim Staatsministerium mitgeteilt:

„In Nr. 296 der Zeitung „Der Führer“ vom 16. November 1932 ist dem Intendanten des Badischen Landestheaters unangemessenes Verhalten gegenüber einer Angestellten des Badischen Landestheaters zum Vorwurf gemacht worden. Der Generalstaatsanwalt ist vom Unterrichtsministerium ersucht worden, wegen dieses Artikels gegen den verantwortlichen Redakteur und Verfasser Offiziellklage wegen Verleumdung des Reichers des Badischen Landestheaters zu erheben. Wegen der übrigen in den verschiedenen vorangegangenen Artikeln gegen die Theaterleitung erhobenen Vorwürfe, soweit sie bestimmte Einzelvorwürfe zum Gegenstand haben, ist von der Generaldirektion des Badischen Landestheaters Bericht eingefordert worden.“

Die Mannheimer Brückenfeier

In einer Pressebesprechung gab Oberbürgermeister Dr. Heinrich Mannheimer, am Donnerstagvormittag noch einige Erläuterungen zum Programm der Übergabefeierlichkeit der neuen Rheinbrücke am Samstag, den 19. November.

Nach der Abgabe des Reichskanzlers v. Papen sind die verschiedenen Abgaben von Seiten der Sozialdemokratischen und Zentrumsparteien hinfallig geworden. An der Feier selbst wird das badische Staatsministerium, das mit dem Rheingoldzug am Samstagmorgen eintrifft, teilnehmen, ferner die Landtagspräsidenten von Baden und Bayern, als Vertreter des bayerischen Ministerpräsidenten Ministerialdirektor Schenk, der Regierungspräsident der Pfalz, der Bischof von Speyer, die evangelischen Kirchenpräsidenten von Baden und der Pfalz, die Präsidenten der Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Ludwigshafen, der Oberpostdirektion in Karlsruhe und Speyer, der Landesarbeitsämter und der Landesfinanzämter, die Rektoren von Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim. Auch zahlreiche Oberbürgermeister haben ihre Zugänge zu der Feier gegeben. Es werden die Oberbürgermeister von Koblenz, Bingen, Mainz, Kehl, Saarbrücken sowie der badischen und pfälzischen Städte vertreten sein. Die Landwirtschaftskammer, die Handelskammer und der Präsident des Deutschen Städtetages werden gleichfalls an den Feierlichkeiten teilnehmen.

Während der Feierlichkeiten an den beiden Brückenköpfen werden die Reedereien und Speditionsfirmen von Mannheim und Ludwigshafen ihre Schiffe unterhalb der Rheinbrücke auf dem Rhein verammeln, Ballonschiffe werden abgefeuert, die Glocken werden läuten, die Sirenen ertönen und an verschiedenen Orten Platzkonzerte stattfinden.

Vom Redarkanal

Die Durchsichtarbeiten auf der ersten Teilstrecke des Redarkanals, die im April 1931 begonnen wurden, sind jetzt auf einer Strecke von 2,2 Kilometer beendet worden. Dadurch, daß die Stadt Heilbronn zur Verbreiterung des Kanals das notwendige Gelände kostenlos abtrat und die Arbeiten in einer wesentlich kürzeren Zeit ausgeführt werden konnten, wurden wesentliche Ersparnisse erzielt, die man auf etwa 1 Million Reichsmark beziffert. Als nächste Strecke wird jetzt die Staustufe Gundelsheim in Angriff genommen. Man hofft, daß der ganze Kanal durchgängig Mannheim-Heilbronn schon 1935/36 beendet und der Kanal zu dieser Zeit in Betrieb genommen werden kann.

Aus der badischen Industrie

Aber einen Teilerfolg bei der Firma Ritter & Co. in Durlach teilt die Direktion mit, daß die schon seit längerer Zeit schwebenden Lohnverhandlungen mit der Belegschaft zu keinem Abschluß gekommen sind. Auch von Seiten des Schlichters konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Etwa 260 Mann der 550 Arbeiter und Angestellte umfassenden Belegschaft haben seit Samstag im Streik. Diefen wurde mitgeteilt, daß sie das Arbeitsverhältnis mit der Firma als gelöst zu betrachten hätten, falls sie bis Montag die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden. Bei dem Streik handelt es sich nur um die Arbeiter der mechanischen Abteilung.

Der Bürgerausschuß Wehr I. B. hat den Vorschlag für 1932/33 abgelehnt, weil zur Deckung des Fehlbetrages die Einführung der Getränkesteuer und der fünffachen Bürgersteuer von der Verwaltung gefordert wurde. Die Ablehnung erfolgte mit großer Mehrheit. Voraussichtlich wird nun der Vorschlag im Verordnungswege in Kraft gesetzt werden.

Der Bürgerausschuß Grenzach bei Bruchsal genehmigte die Aufnahme eines unverzinslichen Darlehens von 5000 RM., das zum Umbau des Glockenturms der evangelischen Kirche und zur Einrichtung eines elektrischen Geläutes dienen soll. Ferner wurde der Ankauf von 1,57 Hektar Land von der Firma Hoffmann-La Roche & Co. AG. in Grenzach zum Preise von 7000 RM. einstimmig genehmigt. Das Gelände soll zu einer Pflanzschuleanlage ausgebaut werden. Der Vorschlag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Dr. Bruchsal, 17. Nov. Eine hier ausgehobene Schwarzbreanerei wurde in der Kantine des Heinrich Steeb in der Rheinstraße betrieben. Steeb sowie der wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz mehrfach vorbestrafte Karlsruher Dör wurden verhaftet. Die Angelegenheit, deren Untersuchung im Gange ist, dürfte noch weitere Kreise ziehen, da die Fäden bis nach Mannheim laufen.

Aus der Landeshauptstadt

75jähriges Geschäftsjubiläum der Firma Wolf & Sohn in Karlsruhe

Im Jubiläumsgedäude der Firma Wolf & Sohn versammelte sich heute, Freitagvormittag, die Direktion mit ihren sämtlichen Mitgliedern und der gesamten Angestellten und Arbeiterbelegschaft zu einem Festakt anlässlich des 75jährigen Bestehens der Firma. Von der Regierung waren anwesend Staatspräsident Dr. Schmitt und Staatsrat Küdert, ferner hatten sich eingefunden Oberbürgermeister Dr. Finter, die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, der Präsident der Handelskammer und die Spitzen der Wirtschaftsorganisation.

In den zahlreichen Glückwunschanreden kam zum Ausdruck, welche große Beliebtheit sich das Unternehmen in allen Kreisen der Wirtschaft erfreut. Besonders wertvoll war die Feststellung des allseitigen guten Verhältnisses zwischen Direktion und Belegschaft, die durch ihre Vertreter ihre lebhafteste Anerkennung für die geschaffenen Wohlfahrtsleistungen und den damit verbundenen sozialen Geist der Firma aussprechen ließ. In allen Reden wurde hervorgehoben, welche Wichtigkeit und Bedeutung die Firma, die schon lange einen Weltgeltung genießt, für die deutsche und heimische Wirtschaft hat. Die Firma hat anlässlich des Tages an sämtliche Mitarbeiter Geldspenden mit einer Gedenkmitzge, die das Bildnis des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Dr. Friedrich Wolff trägt, verteilen lassen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Gesang des Deutschlandliedes fand die von Vorträgen des Philharmonischen Orchesters umrahmte Feier ihren Abschluß.

Ihren 80. Geburtstag feiert am 18. November in Rehan in Oberfranken eine gebürtige und noch hier wohlführende Karlsruherin, Frau Georgine von Kahlbusch, geb. Freiin Koeder von Diersburg, in großer geistiger und körperlicher Frische. Sie war im Weltkrieg 1914/18 bei der Arbeit fürs Rote Kreuz vom ersten bis zum letzten Tage tätig und erhielt die badische und deutsche Erinnerungsmedaille, hatte aber schon im Jahre 1870/71, trotz ihrer Jugend, so fleißig gearbeitet, daß sie auch die Auszeichnung für diese Kriegszeit besitzt. Verheiratet war sie mit Major Paul von Kahlbusch, der, obgleich er Norddeutscher war, fast sein ganzes Leben in Baden verbracht hat und mit großer Liebe an der selbstgewählten Heimat hing. Wohl wenige können, wie die Jubilarin, so lebhaft und interessiert von der „guten, alten Karlsruher Zeit“ erzählen.

Goldene Jubiläumsfeier des Badischen Bäderinnungsverbandes. Am 19. Juni waren 50 Jahre verflossen, seit der Badische Bäderinnungsverband gegründet wurde. Seine Entwicklungsgeschichte zeigt ein rasches Aufblühen zunächst unter dem 1. Vorsitzenden, Bädermeister Stadtrat Karl Schwindt in Karlsruhe. Bei dessen Ableben im Jahre 1894 zählte der Verband bereits 800 Mitglieder. 1912 wurde der Verbandssitz nach Forchheim verlegt und Stadtrat Heinrich Wagner zum Vorsitzenden gewählt. Der Wert der guten Organisation und Leitung kam über den Krieg so recht zur Geltung. Der große Umfang der Verbandsarbeiten machte im Jahre 1920 die Errichtung einer Verbandsgeschäftsstelle notwendig. Als Geschäftsführer wurde der jetzige Syndikus des Verbandes, Weber, bestellt, dem auch gleichzeitig die Aufgabe gestellt wurde, die Tätigkeit der im Jahre 1918 gegründeten Einkaufszentrale Badischer Bädergenossenschaften aufzunehmen. Beide Organisationen stehen heute finanziell und im Ansehen im badischen Wirtschaftsleben gut da. Heinrich Wagner konnte seinen Plan, eine Sterbeliste für den Verband zu gründen, nicht mehr verwirklichen. Die Ausführung blieb seinem Nachfolger, Obermeister Schneider, Mannheim, vorbehalten. Die Liste, die über 5700 Mitglieder zählt, hat sich in den sieben Jahren ihres Bestehens bewährt und sehr segensreich gewirkt. Um den Verband die jeweilige Verlegung seines Sitzes bei Wahl eines neuen Vorsitzenden zu ersparen, erwarb der Verband im Jahre 1926 ein eigenes Anwesen in Karlsruhe, Südbühnenstraße 5, und verlegte seine Geschäftsstelle von Forchheim für dauernd hierher. Vorsitzender Schneider, der den Verband trotz seiner Größe — es gehören ihm heute über 4400 Bäderbetriebe an — in musterwürdiger Weise führte, ist im August dieses Jahres gestorben, und nun steht der Verband vor der Aufgabe, sich am 20. November auf der Bädermeisterversammlung in Karlsruhe einen neuen Vorsitzenden, und zwar den nächsten zu wählen. Verbunden ist mit der Wahl die Feier des 50jährigen Bestehens des Verbandes.

Die Karlsruher Wohlfahrtsküchen. Eine der wichtigsten Unterstützungsmahnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft ist die Abgabe von Mittagessen in verschiedenen Wohlfahrtsküchen unserer Stadt. Schon kurz vor 12 Uhr beginnt ein reges Leben dort. Männer und Frauen kommen, teilweise um das Mittagessen dorthin selbst einzunehmen, teilweise um für sich und ihre Angehörigen das Essen zu holen. Die Teilnehmerkarte der Karlsruher Notgemeinschaft hat für jeden Tag einen Abschnitt, der eine Beihilfe von 15 Pf. bedeutet, welche die Notgemeinschaft an die Küche bezahlt. Weitere 15 Pf. hat der Gast selbst zu bezahlen. Gute gibt es außer einer kräftigen Suppe und ein Stück Speck. Alles ist sehr gut und kräftig zubereitet und appetitlich in weißem Geschirr angerichtet. Die Küche selbst ist sauber und tadellos eingerichtet. In riesigen Töpfen werden die Speisen von Köchinnen in weißer Schürze zubereitet. Es ist wirklich erstaunlich, wie schmackhaft und nahrhaft das Essen bereitet wird für den Preis von 30 Pf. im ganzen. An den reichlichen Portionen kann auch ein großer Hunger gestillt werden. Mit großem Behagen sieht man die Leute froh und dankbar ihre Mahlzeit einnehmen. In einem besonderen Raum kann das Essen über die Straße abgeholt werden. Nicht weniger als 5000 Teilnehmerarten haben die Verteilungstellen der Notgemeinschaft für November 1932 abgegeben.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen. Die Wetterlage ist gegenwärtig in Umgruppierung begriffen. Bei England und Spanien greifen zwei Zyklone das europäische Hochdruckgebiet an und werden es nach Südosten abdrängen. Die bisherige Bitterungsperiode mit vorwiegender Luftzufuhr aus Nordost und Ost wird daher demnächst ihr Ende finden. Die Winde werden bei uns über Süd nach Südwest drehen, wobei zunächst Auflösung der Hochnebeldecke bevorzieht, die tagelang über den Niederungen lag. Voraussage: Nachtröste mit Frühnebel in Niederungen, am Tage vorwiegend heiter, bei südlichen Winden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	18. November		17. November	
	Reichsmark	Deutsche Mark	Reichsmark	Deutsche Mark
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	72.73	72.81	72.23	72.37
Italien 100 L.	21.56	21.60	21.56	21.60
London 1 Pf.	13.80	13.84	13.88	13.92
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.49	16.53	16.495	16.535
Schweiz 100 Fr.	80.91	81.10	80.97	81.13
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen und Geldmarkt

Die Börse war in dieser Woche wieder still und überwiegend schwächer, aber auch noch am Donnerstag im ganzen zuverlässig. Die Zuspitzung der innerpolitischen Lage lähmte das Börsengeschäft. Das Publikum hielt sich von Transaktionen fern und auch die Kasse neigte zu Glattstellungen, um das Risiko zu vermindern. Mit großer Zurückhaltung wurden auch die Vorgänge an der New Yorker Börse, die erneut abgeschwächt ist, ferner die Ereignisse in der Schweiz, beobachtet. So blieb das Geschäft außerordentlich still, selbst an den bisher so bevorzugten Rentenmärkten. Die Kurse brüdelten auf der ganzen Linie ab. Am Rentenmarkt ist namentlich die Schwäche der Pfandbriefe zu erwähnen. Hier gab es nicht selten beträchtliche Rückgänge. Damit dürften die in der letzten Zeit erzielten Gewinne ziemlich erschöpft sein.

Die Geldmarktfrage war ruhig. Von einem Einfluß der partiellen Wirtschaftsbelebung ist am Geldmarkt noch kaum etwas zu spüren. Die Stützung der Steuergutscheine beansprucht bis jetzt kaum nennenswerte Mittel, da der umlaufende Betrag noch zu klein ist. Bemerkenswert ist, daß bei den Sparlässen die günstige Entwicklung der letzten Monate anhält. In London haben wieder Stillhaltebesprechungen begonnen, die der Vorbereitung der voraussichtlich Anfang Januar beginnenden Vierteljahrsversammlung der ausländischen Bankenausschüsse dienen sollen. Deutschland erstrebt, wie es heißt, eine Konsolidierung der bisher stillgehaltenen kurzfristigen Auslandskredite durch vom Reich garantierte Bonds. Der Kreditkontext der Reichsbank in Höhe von 90 Millionen Dollar ist von der W.B. in Basel für drei Monate verlängert worden.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Nov. 1932 hat sich in der verfloffenen Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 88,7 Millionen auf 3413,6 Millionen RM. verringert, derjenige an Rentenbankscheinen um 3,8 Millionen auf 398,0 Millionen RM. erhöht. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 9,4 Millionen auf 929,7 Millionen RM. verringert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 7,9 auf 825,2 Millionen RM. zugenommen und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 17,3 Millionen auf 104,5 Millionen RM. abgenommen. — Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen betrug am 15. November 27,2 Prozent, gegen 26,8 Prozent am Ende der Vorwoche.

Über das Vermögen der Firma Eduard Jfenmann in Bruchsal, Farben und Lacke, ist der Konkurs verhängt worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Wehle in Bruchsal. Inhaber der Firma ist der Sohn des vor wenigen Wochen verstorbenen Präsidenten der Handwerkskammer, Eduard Jfenmann.

Staatsanzeiger

Lotterie. Der Stadtgemeinde Sinsheim wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Cash- und Geldlotterie erteilt. Karlsruhe, den 14. November 1932. Der Minister des Innern.

Nach den Mitteilungen der Bezirkstierärzte waren am 15. November 1932 im Lande Baden verseucht mit:

Rau- und Klauenseuche:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Emmendingen	Bödingen
Ettlingen	Mörsch
Freiburg	Freiburg
Heidelberg	Ziegelhausen
Kehl	Helmlingen

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim, Sodenheim, Altlshausheim, Glesheim, Rabenburg, Redorhausen, Otfersheim, Schwellingen
Stodach	Doppelzell, Maßspüren im Senau
Weinheim	Lüßelsachsen

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mosbach	Redarzimern

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bertheim	Kembach

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums:

Justizsekretär Heinrich Liebler beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Mosbach, Aufseher Ferdinand Bader beim Jugendstift Sinsheim in Sinsheim zum Bezirksgefängnis Kehl.

Gestorben:

Justizrat Karl Schilling in Mannheim.

